

Über Einkommen und Lohn

SEMINAR: AFB diskutiert über menschenwürdiges Einkommen für alle – Internationale Beispiele

BRIXEN. Wie kann ein menschenwürdiges Einkommen für alle sichergestellt werden? Um diese Frage dreht sich ein internationales Symposium des Arbeiter-, Freizeit- und Bildungsvereins (AFB), das heute in Brixen fortgesetzt wird.

Der AFB veranstaltet die Tagung mit dem Europäischen Zentrum für Arbeitnehmerfragen (EZA). Dessen Präsident Bartho Pronk unterstrich in seinen Grußworten die Rolle der Arbeitnehmerorganisationen für die Ausgestaltung des Projekts Europa und bedauerte, dass die Beteiligung am Arbeitsmarkt vielen verwehrt bleibt.

Der neue Vorsitzende des AFB, Christoph Gufler, betonte, dass dieses Thema von Unsicherheit und Ängsten geprägt sei. Während die Löhne nicht mehr existenzsichernd seien und die Armut zunehme, bröckele die Solidarität zwischen den Menschen und den sozialen Gruppen. Und es brauche, wie die Ausweitung der Armutsphänomene zeige, generell eine steuerfinanzierte Grundsicherung in sozialen Notlagen.



Beim Seminar in Brixen (von links): der neue AFB-Vorsitzende Christoph Gufler, Bartho Pronk (NL), Präsident des Europäischen Zentrums für Arbeitnehmerfragen (EZA), und AFB-Geschäftsführerin Heidi Rabensteiner.

Arbeitslandesrätin Martha Stocker betonte, dass Arbeit sinnstiftend sein und eine Anerkennung für das Geleistete beinhalten sollte. Leider sei festzustellen, dass das Recht auf Arbeit mit angemessener Entlohnung oft nicht mehr gewährleistet sei. Diesbezüglich stünden die Sozialpartner in der Pflicht. Die Landesregierung habe die Lohnsteuer IRPEF reduziert und bei der IRAP Abschläge für Betriebe eingeführt. Bedenklich stimme, dass die Sozialleistungen des Landes zuneh-

mend die Funktion erhalten, nicht existenzsichernde Löhne aufzustocken, so Stocker.

Professor Michael Aßländer von der TU Dresden beleuchtete in seinem Referat das unterschiedliche Verständnis von Arbeit in den verschiedenen Epochen. Adeline Otto von der Universität Leuven zeigte auf, dass laut Studien die Sozialinvestitionspolitik bei der Steigerung der Beschäftigung erfolgreicher ist als bei der Armutsbekämpfung.

Laut der Autorin Inge Hanne-

mann aus Hamburg reichen die nach den Hartz-Reformen für das Arbeitslosengeld II vorgesehenen rund 400 Euro (zuzüglich Mietzuschuss) kaum zur Bestreitung des Lebensunterhalts aus. Knapp 60 Prozent der Arbeitslosen seien arbeitsgefährdet.

Daniela Mesini vom IRS Mailand berichtete über die bisher gescheiterten Versuche in Italien, ein bedarfsbezogenes Mindesteinkommen einzuführen. Zwar sei eine solche Maßnahme zur Zeit wieder im Gespräch, aber bislang seien Italien und Griechenland unter den wenigen EU-Ländern, die der Aufforderung der EU nach Einrichtung eines solchen Hilfsnetzes für Armutssituationen nicht nachgekommen sind. Einzig in Südtirol und im Trentino gebe es ein soziales Mindesteinkommen.

Heute folgen Referate des ehemaligen EU-Abgeordneten Sepp Kusstatscher zum bedingungslosen Grundeinkommen und des Wirtschaftsexperten Josef Tschöll zur Steuerpolitik. AFI-Direktor Stefan Perini wird die Zukunft der Arbeit und der Publizist Karl Gudauner die Rolle der Gewerkschaften beleuchten.